



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates

28. Juli 2026, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 19 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbstständigen wirtschaftlichen Unternehmen, Eigenbetrieben und Stiftungen; Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2025

Vorlage: 2026/0156

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Juli 2026.

Stadtrat Seidler (AfD): Der vorliegende Beteiligungsbericht belegt, dass sich die Gesamtsituation gegenüber dem Vorjahr weiter verschlechtert hat. Die Gesamtschulden der städtischen Beteiligungen sind gegenüber 2024 um 81 Millionen auf fast 2,5 Milliarden angestiegen. Mit Kernhaushalt und Eigenbetrieben betragen die Gesamtschulden mittlerweile 3,6 Milliarden. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 11.800 Euro je Einwohner. Karlsruhe festigt seinen Spitzenplatz als Kommune mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg. Das größte Sorgenkind bleiben die VBK mit einem Gesamtschuldenanstieg um 68 Millionen auf 319 Millionen Euro, bei einer gleichzeitigen Halbierung der Investitionen und einem Anstieg des Jahresverlusts von 109 auf 121 Millionen. Denn die Kosten stiegen, während die Zahl der beförderten Personen mit 72 Millionen stagniert. Damit wird das politische Ziel verfehlt, dass die Zahl der den ÖPNV nutzenden Personen wächst. Keine Frage, die VBK, wie das städtische Klinikum, dienen der Daseinsvorsorge. Aber muss sich die Stadt zum Beispiel an einem touristischen Flughafen wie dem Baden-Airpark beteiligen? Die Stadt trennt sich teils unter erheblichen Bedenken in diesem Gremium von Immobilien, die nicht mehr wirtschaftlich unterhalten werden können. Es ist auch bei den städtischen Beteiligungen zu prüfen, von welchen Beteiligungen wir uns trennen müssen.

Mit der Haushaltssperre im letzten Jahr wurde damit begonnen, die Verlustausgleiche bei den Beteiligungen zu reduzieren und Gewinne abzuschöpfen, um den Ergebnishaushalt zu verbessern. Dies wird derzeit massiv ausgeweitet und erst mal sogar eine Kapitalentnahme aus der Karlsruher Fächer GmbH vorgesehen, die als Kapitalrückgewähr bezeichnet wird. Das habe ich vorher noch nie gehört, aber das gibt es scheinbar. Das ist die gleiche Gesellschaft, die das Ständehausprojekt umsetzen soll und die Bausumme abzüglich Fördermittel stemmen muss. Dabei gibt es einfachere Wege, um an Investitionsmittel zu kommen. Zum Beispiel, wie wäre es: Stopp des Erwerbs weiterer EnBW-Aktien über die KVVH, derzeit jährlich 7 Millionen Euro bis 2035. Das heißt: Revidierung des Gemeinderatsbeschlusses vom Mai 25', der gegen die Stimmen der AfD-Fraktion erfolgte. Schrittweise Verkauf des vorhandenen Aktienpakets. Zugegeben, die Dividendenrendite von derzeit 2,5 Prozent, bezogen auf den Aktienkurs derzeit, liegt circa 1 Prozent oberhalb des mittleren Kreditzinses des Kernhaushalts, aber eben auch circa 1 Prozent unterhalb der mittleren Zinsen, die etwa das TSK oder die Heimstiftung bezahlen.

Der Vorsitzende: Das ist eine Informationsvorlage, die haben Sie zur Kenntnis genommen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass aktuell keine Mittel aus dem Haushalt oder irgendeiner städtischen Gesellschaft in den Baden-Airpark fließen, wir im Gegenteil von dort Gewerbesteuererinnahmen haben über das interkommunale Gewerbegebiet vor Ort.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. August 2026